



in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration

Mainz

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018

Bilanz zum 31. Dezember 2018

AKTIVSEITE

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen und ähnliche Rechte	41.502,00	21.792,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	19.685.746,40	20.542.214,40
2. Technische Anlagen und Maschinen	543.409,00	324.804,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.028.684,99	1.096.613,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	1.750,00
	21.257.840,39	21.965.382,39
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00



	31.12.2018		31.12.2017
	€	€	€
2. Beteiligungen	1,00		1,00
3. Genossenschaftsanteile	1,00		1,00
	25.002,00		25.002,00
		21.324.344,39	22.012.176,39
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	69.164,70		70.615,92
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	10.148,00		11.368,44
	79.312,70		81.984,36
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.409.239,65		1.692.150,39
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	96.377,93		68.710,44
3. Sonstige Vermögensgegenstände	151.093,70		80.886,44
	1.656.711,28		1.841.747,27
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.497.234,86		1.123.859,22
		3.233.258,84	3.047.590,85
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.804,16	2.804,02
		24.560.407,39	25.062.571,26
PASSIVSEITE			
	31.12.2018		31.12.2017
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00		1.000.000,00
II. Gewinnrücklage	7.866.567,79		7.952.686,46
III. Gewinnvortrag	0,00		117.876,23
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	311.824,86		- 203.994,90
		9.178.392,65	8.866.567,79
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		8.714.264,00	9.067.095,00
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		515.000,00	553.600,00
D. Verbindlichkeiten			



	31.12.2018		31.12.2017
	€	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.171.934,71		5.521.429,04
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	280.409,99		320.991,91
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	29.106,84		0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	661.680,64		723.403,56
davon Steuern € 120.844,63			(113.014,21)
		6.143.132,18	6.565.824,51
E. Rechnungsabgrenzungsposten		9.618,56	9.483,96
		24.560.407,39	25.062.571,26

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	22.321.809,59		21.367.083,04
2. Erhöhung oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 1.220,44		- 3.329,18
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.106.865,78		801.862,07
		23.427.454,93	22.165.615,93
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	483.088,17		453.569,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	147.097,27		183.058,94
		630.185,44	636.628,10
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	10.355.958,67		9.979.881,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.556.611,87		6.382.456,00
davon für Altersversorgung € 764.646,14			(726.407,23)
		16.912.570,54	16.362.337,11
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.212.939,33		1.234.998,39
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.206.859,99		4.016.303,45
		5.419.799,32	5.251.301,84
		22.962.555,30	22.250.267,05



	2018	2017
	€	€
Zwischenergebnis	464.899,63	- 84.651,12
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.260,69	1.361,27
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	119.269,89	125.342,35
10. Aufwand aus der Verlustübernahme	29.106,84	0,00
11. Erträge aus Gewinnabführung	0,00	10.184,46
12. Sonstige Steuern	5.958,73	5.547,16
13. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	311.824,86	- 203.994,90

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Inhaltsverzeichnis des Anhangs

- A. Allgemeine Angaben
- B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- C. Erläuterungen zur Bilanz
- D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
- E. Anteilsbesitz, Zusammensetzung der Organe und Aufwendungen für Organe
- F. Sonstige Angaben

A. Allgemeine Angaben

Die in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration (im Folgenden auch Gesellschaft genannt) mit Sitz in Mainz, ist unter der Nummer HRB 0415 in das Handelsregister des Amtsgerichts Mainz eingetragen.

Gemäß § 21 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags i. V. m. § 22 Abs. 1 EigAnVo Rheinland-Pfalz erfolgt die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches gemäß den §§ 242 ff. und §§ 264 ff. sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt und gegliedert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB und als gemeinnützige Körperschaft von den Ertragsteuern befreit.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).



Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte werden linear über eine Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben.

Der Ansatz des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten. Anschaffungskostenminderungen werden abgesetzt. Es kommt ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei Gebäuden beläuft sich auf 50 Jahre.

Technische Anlagen und Maschinen werden über eine Nutzungsdauer zwischen vier und 16 Jahren abgeschrieben.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Betriebs- und Geschäftsausstattung liegt zwischen zwei und 15 Jahre.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen € 150,00 und € 1.000,00 werden im Jahr des Zugangs nach § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten eingestellt und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 257 vorgenommen.

Erhaltene Zuwendungen für Investitionen werden auf der Passivseite der Bilanz als Sonderposten entsprechend der Stellungnahme IDW HFA 1/1984 i.d.F. von 1990 ausgewiesen, soweit diese Zuschüsse für Anlagevermögen der Errichtung und Ausstattung eingesetzt wurden. Die Sonderposten werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Korrespondierend zu den außerplanmäßigen Abschreibungen erfolgte eine zusätzliche Auflösung von T€ 163.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Die Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen / der Beteiligungen / der Genossenschaftsanteile wird regelmäßig anhand geeigneter Bewertungsverfahren geprüft. Wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen, werden niedrigere Werte angesetzt und dann grundsätzlich beibehalten.

Die Bewertung des Vorratsvermögens erfolgt unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit dem Nominalbetrag bewertet. Wertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden. Uneinbringliche Posten sind vollständig ausgebucht.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen / sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag bilanziert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle bekannten Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgte zu dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagespiegel als Bestandteil des Anhangs. Er ist als Anlage zum Anhang beigelegt.

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von T€ 584 ausgewiesen.

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen von T€ 11 ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen die laufende Verrechnung und den Liefer- und Leistungsverkehr.

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26. Juni 2018 ist der Abschluss des Geschäftsjahrs 2017 festgestellt worden. Der Jahresfehlbetrag von € 203.994,90 ist mit dem Gewinnvortrag in Höhe von € 117.876,23 verrechnet und der Differenzbetrag von € 86.118,67 aus den Gewinnrücklagen entnommen worden.

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2018 T€	Inanspruchnahmen T€	Auflösungen T€	Zuführungen T€	Stand am 31.12.2018 T€
Personalverpflichtungen	537	487	2	402	450
übrige ungewisse Verpflichtungen	17	17	0	65	65
	554	504	2	467	515

Die Verbindlichkeiten weisen zum 31. Dezember 2018 folgende Restlaufzeiten auf:

	Gesamt T€	Restlaufzeiten		
		< 1 Jahr T€	1-5 Jahre T€	> 5 Jahre T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.172	331	1.346	3.495
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	280	280	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	29	29	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	662	419	243	0
	6.143	1.059	1.589	3.495

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben T€ 4.841 und von den Sonstigen Verbindlichkeiten T€ 243 eine Laufzeit über einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch Grundschulden gesichert.

Unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Sonstige Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter in Höhe von T€ 29 ausgewiesen.

Unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen von T€ 8 ausgewiesen.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse sind ausschließlich in Inland erzielt worden und betreffen Erlöse des Werkstattbereichs, Erlöse aus ambulantem Wohnen und den Betrieb von Kindertagesstätten.

Periodenfremde Erträge sind im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 248 angefallen. Diese resultieren mit T€ 196 aus Nachberechnungen für erbrachte Leistungen.

Die periodenfremden Aufwendungen belaufen sich im Geschäftsjahr auf T€ 50.

Der Aufwand aus Verlustübernahme resultiert aus der Übernahme des Jahresergebnisses 2018 der mittendr.in gGmbH.

E. Anteilsbesitz, Zusammensetzung der Organe und Aufwendungen für Organe

Der Anteilsbesitz stellt sich im Geschäftsjahr 2018 wie folgt dar:

	T€	%
Stadt Mainz	328	32,8
Lebenshilfe für geistig Behinderte eV Orts- und Kreisvereinigung Mainz - Bingen, Mainz	262	26,2
Landkreis Mainz - Bingen, Ingelheim	164	16,4



	T€	%
Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz eV, Mainz	123	12,3
Förderverein für Blinde eV Mainz, Mainz	123	12,3
	1.000	100,0

Dem Aufsichtsrat gehören am 31. Dezember 2018 an:

Dr. Eckart Lensch	Sozialdezernent Vorsitzender	Stadt Mainz
Michael Hartwig	Bankkaufmann stellv. Vorsitzender	Lebenshilfe für geistig Behinderte eV, Orts- und Kreisvereinigung, Mainz - Bingen
Dieter Herrmann	Dipl. Verwaltungswirt Schriftführer	Förderverein für Blinde eV, Mainz
Claudia Siebner	Politwissenschaftlerin	Stadt Mainz
Klaus Trautmann	Rentner	Stadt Mainz
Ruth Jaensch	Heilpädagogin	Stadt Mainz
Ursula Hartmann-Graham	Zweite Kreisbeigeordnete	Landkreis Mainz - Bingen
Thomas Barth	Landtagsabgeordneter	Landkreis Mainz - Bingen
David Dietz	Geschäftsführer	Lebenshilfe für geistig Behinderte eV, Orts- und Kreisvereinigung, Mainz - Bingen
Moritz Mergen	PR-Berater	Lebenshilfe für geistig Behinderte eV, Orts- und Kreisvereinigung, Mainz - Bingen
Kerstin Pane	Verwaltungsfachwirtin	Förderverein für Blinde eV, Mainz
Dr. Margret Pohl	Kinder- und Jugendärztin	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz eV, Mainz
Sven Engel	Dipl.-Betriebswirt (FH)	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz eV, Mainz

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2018 keine Bezüge erhalten.

Zum alleinigen Geschäftsführer ist im Geschäftsjahr 2018 Herr Michael Huber, Mehlingen, bestellt.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesellschaft ist mit 100 % an der mittendr.in gGmbH, Mainz, beteiligt. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von T€ 0 und weist ein Eigenkapital zum 31. Dezember 2018 von T€ 25 aus.

F. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestehen im geschäftsüblichen Umfang im Rahmen der Anmietung von Wohnungen im Bereich betreutes Wohnen und im Bestellobligo.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 238 Arbeitnehmer/-innen beschäftigt. Zusätzlich wurden 528 behinderte Menschen im Arbeitsbereich und 34 behinderte Menschen in der Berufsbildung beschäftigt. Die behinderten Menschen im Arbeitsbereich erhalten für ihre Tätigkeit Arbeitsentgelte gemäß § 138 SGB IX.

Ambulantes Wohnen

38

Arbeit	111
Bildung & Gesundheit	14
Führungskräfte	17
Kita	28
Liebelle	2
Personal- & Gebäudemanagement	18
Verwaltung	10
Gesamt in.betrieb	238

Zwischen dem Bilanzstichtag (31. Dezember 2018) und der Aufstellung des Jahresabschlusses (9. Mai 2019) sind keine Sachverhalte eingetreten, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von Bedeutung sind.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, unter Berücksichtigung der Übernahme des Verlustes der mittendr.in gGmbH, den Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2018 von € 311.824,86 auf neue Rechnung vorzutragen.

Im Kalenderjahr 2018 wurden Honorare für Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von T€ 24 als Aufwand erfasst.

Mainz, den 9. Mai 2019

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration

Michael Huber, Geschäftsführer

Anlagespiegel zum 31. Dezember 2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2018 €
	Stand am 01.01.2018 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	300.486,02	43.411,01	0,00	6.535,71	337.361,32
	300.486,02	43.411,01	0,00	6.535,71	337.361,32
g. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.525.215,76	0,00	0,00	0,00	28.525.215,76
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.388.526,11	267.481,55	0,00	47.776,96	1.608.230,70



	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2018 €
	Stand am 01.01.2018 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.547.110,65	215.998,77	1.750,00	159.303,33	4.605.556,09
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.750,00	0,00	-1.750,00	0,00	0,00
	34.462.602,52	483.480,32	0,00	207.080,29	34.739.002,55
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundene Unternehmen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
2. Beteiligungen	12.526,65	0,00	0,00	0,00	12.526,65
3. Genossenschaftsanteile	12.740,00	0,00	0,00	0,00	12.740,00
	50.266,65	0,00	0,00	0,00	50.266,65
	34.813.355,19	526.891,33	0,00	213.616,00	35.126.630,52
	Abschreibungen			Abgänge €	Stand am 31.12.2018 €
	Stand am 01.01.2018 €	Zugänge €			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	278.694,02	23.694,01		6.528,71	295.859,32
	278.694,02	23.694,01		6.528,71	295.859,32
g. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.983.001,36	856.468,00		0,00	8.839.469,36
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.063.722,11	48.870,55		47.770,96	1.064.821,70
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.450.496,66	283.906,77		157.532,33	3.576.871,10
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00		0,00	0,00
	12.497.220,13	1.189.245,32		205.303,29	13.481.162,16
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundene Unternehmen	0,00	0,00		0,00	0,00
2. Beteiligungen	12.525,65	0,00		0,00	12.525,65
3. Genossenschaftsanteile	12.739,00	0,00		0,00	12.739,00

	Abschreibungen			Stand am 31.12.2018 €
	Stand am 01.01.2018 €	Zugänge €	Abgänge €	
	25.264,65	0,00	0,00	25.264,65
	12.801.178,80	1.212.939,33	211.832,00	13.802.286,13
Buchwerte				
	Stand 31.12.2018 €			Stand 31.12.2017 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	41.502,00			21.792,00
	41.502,00			21.792,00
g. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	19.685.746,40			20.542.214,40
2. Technische Anlagen und Maschinen	543.409,00			324.804,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.028.684,99			1.096.613,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00			1.750,00
	21.257.840,39			21.965.382,39
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundene Unternehmen	25.000,00			25.000,00
2. Beteiligungen	1,00			1,00
3. Genossenschaftsanteile	1,00			1,00
	25.002,00			25.002,00
	21.324.344,39			22.012.176,39

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018

1. Grundlagen der in.betrieb

1.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft betreibt Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

An zwei Standorten bestehen Werkstätten für behinderte Menschen mit insgesamt 582 genehmigten Plätzen. An beiden Standorten werden ebenfalls zwei integrative Kindertagesstätten mit insgesamt 120 Plätzen betrieben. Im Ambulanten Wohnen erfolgen derzeit 145 Betreuungen.

1.2 Ziele und Strategie

Die in.betrieb gGmbH ist gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft mittendr.in gGmbH der größte Anbieter von Leistungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Die Unternehmensstrategie unterliegt der Vision, dass die marktorientierte Entwicklung neuer und der Erhalt bestehender Angebote die Ausrichtung als Sozialunternehmen sichert, die Marktposition stärkt und dem Inklusionsgedanken entspricht. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die seitens der Geschäftsführung erarbeitete und vorgelegte Strategie des Unternehmens, zuletzt im April 2019 im Kontext der anstehenden Neubau- und Dezentralisierungsentwicklung der Werkstatt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und rechtliche Entwicklungen

Zum 28.12.2018 wurde seitens der Vertragspartner ein Rahmenvertrag nach § 131 SGB IX, der in Rheinland-Pfalz noch nicht vorhanden war, unterzeichnet. Auf dieser Basis erfolgt nun im laufenden Jahr 2019 für die Teilhabe am Arbeitsleben die Verhandlung von Leistung und Vergütung der Werkstatt. Diese soll zum 01.01.2020 in Kraft treten und konkretisiert und festigt die Werkstattleistung und deren Finanzierung.

Für die Soziale Teilhabe, die gemäß den Regelungen des Landesrahmenvertrages eigentlich der gleichen Zeitschiene unterliegt, ist im laufenden Jahr 2019 nicht mit einer ebensolchen Verhandlung zu rechnen. Wie sich eine wohl erforderliche Übergangslösung abzeichnet, bleibt abzuwarten.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2018 hat sich entgegen der ursprünglichen negativen Jahresplanung besser entwickelt und schließt mit einem deutlich positiven Jahresergebnis ab.

Leichte Belegungsrückgänge in der Werkstatt wurden durch eine deutliche Erhöhung der Vergütungssätze (die jedoch für 2 Jahre gültig sind) sowie Effekte aus einer geänderten Abrechnungssystematik der Einzelfallhilfen kompensiert. Eine moderate Steigerung der Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb sowie insbesondere eine deutliche Erhöhung der abrechenbaren Fachleistungsstunden im Ambulanten Wohnen haben einen gestiegenen Ertrag erbracht.

Im Aufwand schlägt insbesondere eine deutliche Veränderung der Personalrückstellungen positiv zu Buche.

2.3 Lage der in.betrieb

2.3.1 Ertragslage

	2018		2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	22.193	97,7	21.367	98,7	826	3,9
Bestandsveränderungen	- 1	0,0	- 3	0,0	2	66,7
Sonstige betriebliche Erträge	511	2,3	278	1,3	233	83,8
Betriebliche Erträge	22.703	100,0	21.642	100,0	1.074	4,9
Personalaufwand	16.913	74,5	16.362	75,6	551	3,4
Materialaufwand	630	2,8	637	2,9	- 7	1,1
Planmäßige Abschreibungen auf nicht						
geförderte Anlagen	659	2,9	690	3,2	- 31	4,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen						
(einschließlich sonstiger Steuern)	4.161	18,3	3.939	18,2	222	5,6
Betriebliche Aufwendungen	22.363	98,5	21.628	99,9	735	3,4



	2018		2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Betriebsergebnis	340	1,5	14	0,1	339	> 100,0
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	- 118		- 124		6	
Neutrales Ergebnis	76		- 94		170	
Jahresergebnis	311		- 204		515	
				2018	2017	Veränderung
				T€	T€	T€
Erlöse des Werkstattbetriebs inkl. Berufsbildung						
Aus Pflegesätzen				10.943	10.467	476
Erstattungen Sozialversicherungen				3.714	3.608	106
Leistungserlöse				3.711	3.650	61
				18.368	17.725	643
Erlöse aus betreutem Wohnen				1.635	1.434	201
Erlöse aus Kindertagesstätten				1.563	1.602	- 39
Leistungsverrechnung mit mittendr.in gGmbH, Mainz				321	316	5
Miete und Pacht				220	217	3
Übrige				86	73	13
				22.193	21.367	826

Im Berichtszeitraum sind die abrechenbaren Belegungstage im Arbeitsbereich gegenüber dem Vorjahr erneut leicht gesunken, die Belegungstage im Berufsbildungsbereich jedoch deutlich gestiegen. Weiterhin erkennen wir hier keinen Trend im Arbeitsbereich; vielmehr dürfen wir davon ausgehen, dass die verhältnismäßig starke Belegung im Berufsbildungsbereich sich zunächst analog auf den Arbeitsbereich auswirkt. Neben demografisch bedingten Zuwächsen im Berufsbildungsbereich machen wir vor allem auch unsere steigende Zahl von Qualifizierungsangeboten und den damit konsequent umgesetzten Bildungsauftrag von Werkstatt als Grundlage hierfür aus. Für das laufende Jahr 2019 erwarten wir daher keine weiter reduzierte Belegung in der gesamten Werkstatt.

Parallel zu dieser Entwicklung konnten wir im Berichtszeitraum einen moderaten Anstieg der Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb verzeichnen. Ganzjährige Auslastung in allen Arbeitsbereichen einerseits und eine verbesserte Preisentwicklung andererseits gehen kontinuierlich einher mit einer regelmäßig stattfindenden Verbesserung von Produktionsprozessen. So dürfen wir auch im laufenden Jahr von einem weiterhin leicht steigenden Umsatz aus Zweckbetrieb ausgehen. Ergänzend hat sich der Umsatzerlös aus der Photovoltaikanlage - wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb - aufgrund der Neuinstallation der Anlage zu vorhandenen Vertragskonditionen ebenfalls deutlich besser entwickelt.

Die integrativen Plätze der beiden Kindertagesstätten waren aufgrund von Wechseln temporär nicht immer voll besetzt, was einen leicht rückläufigen Erlös erbracht hat.

Im Ambulanten Wohnen hat auch 2018 eine deutliche Nachfrage zu mehr Betreuungsstunden und somit einer deutlichen Ertragssteigerung geführt. Auch im laufenden Jahr spüren wir hier weitere Nachfragen, die oftmals aufgrund fehlendem geeigneten Wohnraum nicht immer gedeckt werden können. Die Bewilligung eines Aktion Mensch-Antrages, der ab Oktober 2019 den weiteren Ausbau des Angebotes im Raum Ingelheim stärker ermöglicht, soll sich perspektivisch auch zusätzliche Wohnmöglichkeiten und damit verbundene Steigerungen der Betreuungszahlen auswirken. Die Zahl der Betreuungsverhältnisse ist mit aktuell 145 so hoch wie noch nie.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Grund war zum einen eine zum März 2018 umzusetzende deutliche Tarifsteigerung von 3,19 %; zum anderen wurden gegenüber der ursprünglichen Planung aufgrund von positiven Belegungsentwicklungen, vor allem im Ambulanten Wohnen, mehr Stellen geschaffen als vorgesehen.

2.3.2 Finanzlage

Die Liquiditätslage weist zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres eine Überdeckung von T€ 1.710 aus. Das kurzfristig realisierbare Schuldendeckungspotential deckt demnach in vollem Umfang das kurzfristige Fremdkapital.



	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Liquiditätsgrad I in %	98,3	74,6	88,2	70,2
Liquiditätsgrad II in %	207,1	196,8	167,3	129,6
Liquiditätsgrad III in %	212,3	202,3	172,6	134,3
			2018	2017
			T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit			1.309	16
Cashflow aus der Investitionstätigkeit			- 519	- 341
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			- 417	68
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds			373	- 257
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode			1.124	1.381
Finanzmittelfonds am Ende der Periode			1.497	1.124

2.3.3 Vermögenslage

Vermögensstruktur

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige Aktiva					
Anlagevermögen	21.324	86,8	22.012	87,8	- 688
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	79	0,3	82	0,3	- 3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.410	5,8	1.692	6,8	- 282
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	96	0,4	69	0,3	27
Sonstige Vermögensgegenstände	151	0,6	81	0,3	70
Liquide Mittel	1.497	6,1	1.124	4,5	373
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,0	3	0,0	0
	3.236	13,2	3.051	12,2	185
	24.560	100,0	25.063	100,0	- 503

Kapitalstruktur

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	9.178	37,4	8.867	35,4	311
Sonderposten	8.714	35,5	9.067	36,2	- 353



	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige sonstige Passiva	17.892	72,9	17.934	71,6	- 42
Rückstellungen	61	0,2	50	0,2	11
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.841	19,7	5.191	20,7	- 350
Sonstige Verbindlichkeiten	243	1,0	381	1,5	- 138
	5.145	20,9	5.622	22,4	- 477
Kurzfristige Passiva	23.037	93,8	23.556	94,0	- 519
Rückstellungen	454	1,9	504	2,0	- 50
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	280	1,1	321	1,3	- 41
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	331	1,4	330	1,3	1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	29	0,1	0	0,0	29
Sonstige Verbindlichkeiten	419	1,7	343	1,4	76
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,0	9	0,0	1
	1.523	6,2	1.507	6,0	16
	24.560	100,0	25.063	100,0	- 503

Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Ausschlaggebend war hier erneut insbesondere die über drei Jahre erfolgende Abschreibung des Haupthauses Mainz sowie eine reduzierte Investitionssumme.

Die Eigenkapitalquote ist leicht auf 37,4 % angestiegen.

2.3.4 Gesamtaussage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist als gut zu beurteilen.

3. Prognosebericht

In der Werkstatt wird es unserer Einschätzung nach in den kommenden Jahren zu keinen nennenswerten Belegungsentwicklungen kommen; weiterhin gehen wir trotz altersbedingt steigenden Abgangszahlen von einer gleichbleibenden Zahl an Aufnahmen und Abgängen aus. Zumindest im laufenden Jahr gehen wir von einer erneut leicht steigenden Ertragssituation bei den Umsätzen aus Zweckbetrieb aus.

Im Ambulanten Wohnen gehen wir, wie dies auch Trend der letzten Jahre war, auch in den kommenden Jahren von einer moderaten, aber kontinuierlichen Steigerung der Betreuungsverhältnisse und Erträge aus Fachleistungsstunden aus.

In Bereich der Kindertagesstätten wird es frühestens im kommenden Jahr nennenswerte Auswirkungen geben, wenn die Bestimmungen des neuen Kita-Zukunftsgesetzes zum einen und die anstehende Regelung des U18-Bereichs durch die Träger der Eingliederungshilfe wirksam werden.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1 Gesamtwirtschaftliche Chancen und Risiken



Kurzfristige konjunkturelle Risiken sind aufgrund der rein inländischen Aktivität in der Eingliederungs- und der Kinder- und Jugendhilfe nicht zu erwarten.

4.2 Branchenspezifische Chancen und Risiken

Auf Basis des nunmehr vorliegenden Landesrahmenvertrages finden im laufenden Jahr die Verhandlungen von Leistung und Vergütung des Arbeitsbereiches der Werkstatt statt. Dieses Ergebnis wird zum Ende des Jahres feststehen und ab 2020 Auswirkungen erbringen. Die Regelungen des Landesrahmenvertrages ermöglichen in jedem Fall eine Abbildung der tariflichen Personalkosten, was in der Vergangenheit durch pauschale Anhebungen des Vergütungssatzes nicht bzw. nur unzureichend erfolgen konnte.

Da nicht davon auszugehen ist, dass auch die Soziale Teilhabe analog der Teilhabe am Arbeitsleben im laufenden Jahr ebenfalls neu verhandelt werden wird, müssen wir dort von gleichbleibenden Rahmenbedingungen ausgehen. Dies betrifft die Leistungen der Tagesförderstätte und des Ambulanten Wohnens.

Die Kindertagesstätten sind nochmals gesondert zu betrachten, da hier noch keine landeseinheitliche Grundlage durch den Träger der Eingliederungshilfe geschaffen wurde. Zudem steht die Neufassung des Kita-Zukunftsgesetzes an, was insbesondere im Regelbereich Veränderungen mit sich bringen wird.

Seitens der Geschäftsführung wird trotz aller teilweise sehr langwierigen Verhandlungsprozesse die derzeit vorliegende Basis als gute Grundlage gesehen, die angebotenen Leistungen sukzessive neu zu verhandeln und zukünftig auch wirtschaftlich abbilden zu können. Dies wäre die Grundlage, dass unsere Qualitätsstandards in allen Leistungen auch zukünftig gehalten, vielmehr ausgebaut werden können.

Einrichtungsspezifische Chancen und Risiken

Ergänzend zu den alle Einrichtungen betreffenden vorgenannten Rahmenbedingungen steht in.betrieb nunmehr sehr konkret vor der Bewältigung des größten Bauprojektes in der Unternehmensgeschichte. Die aus Brandschutzgründen erforderliche Niederlegung des Hauptgebäudes des Standortes Mainz bewältigen wir durch einen Neubau des Werkstattgebäudes sowie zugleich den Aufbau eines weiteren, dann dritten, Werkstattstandortes im Landkreis. Gleichzeitig soll, dies begründet in erheblichen Bedarfen, im Landkreis eine weitere Tagesförderstätte für 24 weitere Plätze, betrieben von der Tochtergesellschaft mittendr.in gGmbH entstehen. Nach Vereinbarung mit dem Land erfolgt die Umsetzung im Rahmen mehrerer Investorenmodelle und soll insgesamt bis Ende des Jahres 2022 andauern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befinden wir uns in finalen Abstimmungen über das Projekt in Ingelheim; hiernach wird unmittelbar die umfangreiche Planung für den Neubau in Mainz gestartet und abgestimmt werden.

Auch diese Neuerungen werden Veränderungen der Vergütungsstrukturen mit sich bringen, aber auch Veränderungen in den Produktionsabläufen oder gar ganzen Auftragsstrukturen.

Parallel wird dieses Vorhaben, welches den Projektnamen „weit.blick 2020“ trägt, jedoch durch die Dezentralisierung insbesondere des Werkstattangebotes sehr viele Chancen bieten, Werkstatt neu zu definieren.

4.3 Gesamtaussage

Nach Überprüfung der Risikolage kommt die Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdenden Risiken vorliegen.

Mainz, den 9.Mai 2019

Michael Huber, Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die in.betrieb gemeinnützige GmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der in.betrieb gemeinnützige GmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der in.betrieb gemeinnützige GmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 und



•vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.



- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zu Grunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zu Grunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zu Grunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Darmstadt, am 21. Mai 2019

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Darmstadt

Mast, Wirtschaftsprüfer

Blum, Wirtschaftsprüferin